Caffier: EWN wollen Pufferlagerung ausdehnen

Lubmin (dpa) Im atomaren Zwischenlager in Lubmin bei Greifswald könnten künftig mittel- und schwachradioaktiv belastete Großteile aus Atomkraftwerken anderer Bundesländer länger zerlegt und bearbeitet werden. Laut Innenminister Lorenz Caffier (CDU) haben die Energiewerke Nord (EWN) beim Land beantragt, die zeitliche Begrenzung der sogenannten Pufferlagerung aufzuheben. Bisher darf der Abfall aus westdeutschen Kernkraftwerken maximal fünf Jahre vor und fünf Jahre nach der Bearbeitung in Lubmin lagern. Ziel der EWN ist es, schwach- und mittelradioaktives Material aus dem ganzen Bundesgebiet einzukaufen, so Caffier gestern.

Der Minister selbst hatte 2008 nach einem entsprechenden Gerichtsurteil eine erweiterte Pufferlagerung genehmigt. Damit darf schwach und mittelradioaktiv belasteter fremder Atomabfall für zehn statt bisher vier Jahre in Lubmin lagern, um dort zerlegt und dekontaminiert zu werden. Der frühere Fachminister Wolfgang Methling (Linke) hatte eine entsprechende Genehmigung jahrelang verweigert.

In der Debatte um die Lagerung von Atommüll in Lubmin wiesen die EWN Angaben zur Deponierung weiterer Castor-Behälter zurück. „Es gibt keine Pläne und es gibt keinen Bedarf, weitere als die bisher genehmigten Kernbrennstoffe im Zwischenlager Nord zu lagern“, sagte EWN-Geschäftsführer Dieter Rittscher.

Ministerin lobt Ehrenamt von Juristen

Waren (dpa) Justizministerin Uta-Maria Kuder (CDU) hat die ehrenamtliche Arbeit von Juristen an Schulen oder Jugendrechtshäusern gelobt. Bei der Amtseinführung des Direktors am Amtsgericht Waren, Matthias Brandt, sagte sie gestern, dass der 43-Jährige seit rund einem Jahr das Projekt „Recht in den Schulen“ leitet. Brandt hat es verstanden, viele Richter des Landgerichtes Neubrandenburg und der Amtsgerichte dafür zu gewinnen. Andere Juristen sind in den Jugendrechtshäusern Wismar, Schwerin und Rostock engagiert. Jetzt gibt es auch Pläne für derartige Häuser in Neubrandenburg und Greifswald.

Tagesmutter erklimmt die große Politik-Bühne

Mit ihrer Forderung nach einem Bürgergeld für alle wurde Susanne Wiest weit über Greifwald hinaus bekannt – obwohl sie das so nie geplant hatte.

Von GERALD KLEINE WÖRDEMANN

Greifswald (OZ) Eigentlich ist Erwin Sellering (SPD) schuld. Ende 2008 besucht Susanne Wiest (43) die Sprechstunde des Ministerpräsidenten. Die Greifswalderin will etwas gegen die Steuerverschärfung für Tagesmütter unternehmen, die sie viel von ihrem wenigen Geld kostet. Sellering erklärt sich für nicht zuständig. Eine Büromitarbeiterin erzählt ihr aber von der Möglichkeit einer Petition.

Auf der Internet-Seite des Bundestages stößt die Tagesmutter auf Tausende Petitionen. Die Forderungen reichen von einer Energiesparreifen-Pflicht bis zur Abschaffung der Sozialversicherung für Landwirte. „Jeder bittet nur für ein kleines bisschen“, sagt Wiest der OZ. „Das ist doch nur Gestückel.“ Sie will das große Ganze. Deshalb schreibt sie in ihrer Dachgeschosswohnung gleich zwei Petitionen: Eine gegen die Tagesmütter-Steuer. Die wird abgelehnt. Die andere macht sie berühmt: Wiest verlangt das „bedingungslose Grundeinkommen“. 1500 Euro im Monat für Erwachsene, 1000 Euro für Kinder. Für alle, einschließlich Arbeitslose und Millionäre, zusätzlich um Arbeitseinkommen. Zur Finanzierung sollen Sozialleistungen und Steuern abgeschafft werden. Nur eine erhöhte Mehrwertsteuer soll bleiben.

Innerhalb weniger Wochen wird die zierliche Frau mit den großen, grünen Augen zur bekanntesten Vertreterin der Grundeinkommens- oder Bürgergeldbewegung – neben Götz Werner, Besitzer der dm-Drogeriekette. Rekordverdächtige 53 973 Unterstützer unterzeichnen ihre Petition. Zeitungen bringen große Artikel über sie. Maybrit Illner und Sandra Maischberger laden sie in ihre Sendungen ein. Bei Youtube gibt es 201 Videos unter ihrem Namen, Google listet 63 500 Treffer auf.

„Das Grundeinkommen wäre die Lösung vieler Probleme“, sagt sie. Arbeitslose wären nicht mehr ausgegrenzt. Sie wolle aber nicht für das Recht auf Faulheit eintreten, betont sie immer wieder: „Almosen schädigen nachhaltig.“ Jeder habe Anspruch auf Arbeit. Aber: „Wir haben keine Gesellschaft, die jeden mitnimmt. Arbeitlosigkeit ist ja kein persönliches Verschulden.“ Aber wäre noch jemand bereit, trotz sicherer 1500 Euro im Monat als Müllmann zu arbeiten? Ja, meint Wiest – wenn diese Stellen besser bezahlt würden als heute. Sie wolle den Menschen zu mehr Würde verhelfen.

Susanne Wiest hat viele Facetten des Lebens kennen gelernt. Nach dem Abitur in München lebt sie jahrelang in einem alten Zirkuswagen, bevor sie vor acht Jahren nach Vorpommern zieht. Zwei ihrer vier Kinder leben nicht mehr. Das Älteste stirbt kurz nach der Geburt an einem Herzfehler, das Zweitälteste mit 11 Jahren bei einem Unfall. Sieben Jahre ist das her. Sie habe „schlagartig wachsen“ müssen, um dieses traumatische Erlebnis verkraften zu können, sagt sie in einem Interview.

Obwohl sie früher nie sonderlich politisch war, will sie nach dem enormen Zuspruch für ihre Grundeinkommen-Forderung in den Bundestag. Bei der Wahl im vergangenen Herbst tritt sie als Direktkandidatin an. 1478 Menschen aus Greifswald, Demmin und Ostvorpommern geben ihr die Stimme. Das sind 1,2 Prozent. Zu wenig für einen Sitz im Bundestag. Dort war sie gestern trotzdem: Um den Abgeordneten ihre Petition vorzutragen. Sehr wahrscheinlich wird die abgelehnt. Susanne Wiest will aber weiter kämpfen.

OSTSEESTRAND UND BINNENLAND

Modernes Reisezentrum in Wolgast eingeweiht

Wolgast (dapd) In Wolgast hat gestern ein neues Reisezentrum der Usedomer Bäderbahn (UBB) den Betrieb aufgenommen. Ausgestattet mit Beratungs- und Fahrkartenschaltern, wird die neue Einrichtung die Kundenfreundlichkeit sowohl für Einheimische als auch für Touristen deutlich verbessern, sagte Verkehrsminister Volker Schlotmann (SPD). Das Wolgaster Bahngebäude war in den vergangenen beiden Jahren für 500 000 Euro – aus Landes- und Eigenmitteln – komplett saniert worden. Der Bahnhof Wolgast gilt neben Zinnowitz und Heringsdorf als wichtiger Haltepunkt des saisonalen Fernverkehrs zur Ostseeinsel Usedom.

Land: Rügen macht zu wenig Druck auf Temopsünder

Rügen (OZ) Immer wieder gerät Rügen mit schweren Unfällen in die Schlagzeilen, doch trotz allem macht die Inselverwaltung nach Auffassung der Landesunfallkommission nicht ausreichend Jagd auf Verkehrsrowdys. Das Gremium empfiehlt, dass der Landkreis zehn Stunden täglich mit mobilen Messgeräten den Verkehr überwachen soll. „Wir schaffen aus Kostengründen aber gerade mal drei“, sagt Ordnungsamtschef Günther Schäl. Die Messungen bescheinigen Fahrern auf Rügen allerdings insgesamt eine gute Verkehrsdisziplin. Laut Schäl fahren an mobilen Messgeräten nur 3,5 Prozent und an Starenkästen 0,7 Prozent aller Autos zu schnell. Insgesamt wurden auf Rügen vergangenes Jahr 29 000 Temopsünder geblitzt.

Prozess um Kindstötung wegen Krankheit vertagt

Stralsund (dpa) Der Prozess gegen einen 48-jährigen Mann aus Gützkow (Ostvorpommern), der für den Tod eines knapp zweijährigen Kindes verantwortlich sein soll (OZ berichtete), ist gestern kurz nach Beginn der Verhandlung vertagt worden. Als Grund nannte das Gericht in Stralsund eine Erkrankung des Angeklagten. Ihm wird Totschlag zur Last gelegt. Er soll im Mai dieses Jahres das Kind seiner damaligen Freundin durch stumpfe Gewalt gegen den Kopf so sehr verletzt haben, dass es fünf Tage später im Krankenhaus starb. Der Mann hatte zu Prozessbeginn die Tat bestritten und behauptet, das Kind sei ihm heruntergefallen, es sei ein Unfall gewesen. Der Prozess wird am Freitag fortgesetzt.

Fusion mit DVU könnte NPD 60 Mitglieder bringen

Schwerin (dpa) Durch die Fusion mit der Deutschen Volksunion (DVU) könnte die rechtsextremistische NPD in Mecklenburg-Vorpommern 60 Mitglieder hinzugewinnen. Über etwa so viele Mitstreiter verfügt die DVU im Land, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums gestern in Schwerin. Die NPD hatte am vergangenen Sonnabend auf einem Parteitag in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt) das Zusammengehen zum Jahreswechsel beschlossen.

Die NPD zählt laut Ministerium etwa 400 Mitglieder im Nordosten. „Wir rechnen nicht damit, dass sich durch die Fusion grundsätzlich etwas verändern wird, da die NPD sowieso die dominierende Rolle hat“, betonte die Sprecherin.

50 000 Liebessterne aus Barth

Heike Ludwig (l.) und Heike Erdmann sortieren in der Nordflor Gartenbau GmbH in Barth (Kreis Nordvorpommern) Weihnachtssterne für den Versand aus. Seit August wachsen in den Gewächshäusern etwa 50 000 Weihnachtssterne in Rot, Weiß, Pink oder auch mehrfarbig heran, deren Verkauf vor wenigen Tagen begann. Euphorbia pulcherrima stammt ursprünglich aus Mittelamerika und Mexiko. Dort wächst der „Liebesstern“ nicht als Topfpflanze, sondern als Strauch. Foto: dpa

Depot wird größer und teurer

Schwerin (dapd) Das geplante Depot für die Kunst- und Archäologiesammlungen des Landes wird offenbar größer und teurer als angenommen. Wie der NDR gestern berichtete, müssen allein die Archäologen doppelt so viele Fundstücke einlagern wie bisher kalkuliert. Die Lagerflächen wurden vor Jahren falsch eingeschätzt, sagte Referatsleiter Jörn Mothes vom Kultusministerium. Mittlerweile kamen jedes Jahr Hunderte neue Fundstücke hinzu. Auch das Staatliche Museum Schwerin muss fast doppelt so viele Kunstgegenstände unterbringen wie bislang geschätzt. Dadurch würden sich die Baukosten für das neue Depot in Schwerin Stellingstraße erhöhen. Für Planung und Bau sind laut Standortentwicklungskonzept bisher rund 35 Millionen Euro eingeplant. Fachleute sollen bis Jahresende verbindliche Zahlen für die nun erforderliche Depotfläche vorlegen.

Demonstrant will nach G8 Schadenersatz

Rostock (dpa) Ein Demonstrant, der durch den Strahl eines Wasserwerfers beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm sein linkes Augenlicht verlor, verlangt 30 000 Euro Schadenersatz und Schmerzensgeld vom Land Mecklenburg-Vorpommern. Heute beginnt das Zivilverfahren vor dem Rostocker Landgericht. Bei einer Güteverhandlung will das Gericht zunächst eine gütliche Einigung anstreben. Der heute 39-jährige Mann aus Potsdam kann seit dem Vorfall am 7. Juni 2007 seinen Beruf als Rettungssanitäter nicht mehr ausüben, erklärte sein Rechtsanwalt Steffen Sauer gestern.

Das Land MV wird beim Prozess durch die Polizeidirektion Rostock vertreten. Sauer wirft der Polizei vor, mit den Wasserwerfern ohne Vorwarnung auf die Köpfe auch friedlicher Demonstranten gezielt zu haben. „Nach unseren Recherchen ist davon auszugehen, dass der unvermittelte Wasserwerferbeschuss mit kurzen Wasserstößen zum Kopf einzelner Personen zur Strategie der Polizei beim Geschehen rund um Heiligendamm gehörte“, erklärte der Anwalt. „Die Polizei stellt dies anders dar, weigert sich allerdings, die polizeilichen Videoaufnahmen des Geschehens vorzulegen.“

Grünen-Fraktionschef: Gajek ist machtbesessen

Schwerin (dpa) Während die Grünen öffentlich den politischen Aufwind genießen, wird hinter den Kulissen heftig gestritten. Der Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen in der Schweriner Stadtvertretung, Manfred Strauß, warf der Landesvorsitzenden Silke Gajek Machtbesessenheit vor. Sie hat nicht zugelassen, dass auf der Landesdelegiertenkonferenz am vergangenen Wochenende in Neubrandenburg eine weitere Frau zur Wahl der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2011 antrat, kritisierte Strauß gestern in Schwerin. Vorschläge aus anderen Kreisverbänden sind nicht akzeptiert worden. Strauß trat aus Protest noch auf der Konferenz aus der Partei aus.

Die Landes-Doppelspitze Gajek und Jürgen Suhr war von den Delegierten auf die Plätze eins und zwei der Landesliste gewählt worden. Gajek kam auf 81 Prozent, Suhr, der sich einem Gegenkandidaten stellte, erhielt 68,5 Prozent.

„Die Grünen haben erstmals eine reale Chance, in den Landtag zu kommen“, betonte Strauß. Für ihn ist es unerträglich, dass sie mit einer Spitzenkandidatin antreten, die er fachlich und menschlich nicht für geeignet hält. Dabei hat er selbst daran mitgearbeitet, Gajek als Landesvorsitzende aufzubauen. Sie hat zunächst den Fraktionsvorsitz in der Stadtvertretung beansprucht, was ihr Recht gewesen ist, sagte Strauß. Sie trat dann aber aus der Fraktion aus und wieder ein, heute beteiligt sie sich kaum noch an der Fraktionsarbeit.

Schwerins Stadt-Fraktionschef Manfred Strauß.

Grünen-Landesvorsitzende Silke Gajek. Fotos: Kettler, privat

Der Schweriner Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen begrüßten den Parteiaustritt von Manfred Strauß, der damit den Weg für einen Neuanfang in der Landeshauptstadt freigemacht hat. Sprecher Marco Anschütz erklärte, der Kreisvorstand geht davon aus, dass Strauß konsequent ist und sein Mandat in der Stadtvertretung zur Verfügung stellt. Das hat er nicht vor, machte Strauß deutlich. Von den vier Fraktionsmitgliedern ist jetzt nur noch Gajek Mitglied der Grünen. Wenn die Fraktion ihn nicht abwählt, bleibt er Fraktionschef. Weitergehende politische Ambitionen hat er nicht, betonte der 56-Jährige.